



Antrag: Schließung des Parkplatzes Auffahrt über die/ George-Albrecht Straße

Der Beirat möge beschließen:

Ausgangssituation :

Als die Ladenlokale in der Mühlenstraße und in der Kapitän-Dallmannstraße von Kunden noch stark genutzt wurden, war es notwendig in der Nähe der Lokale genügend Parkraum zu schaffen. Aus diesem Grunde wurden neue Parkflächen geschaffen, die von der Fresenbergstraße abgehen. Ein Parkplatz neben der Filiale der Volksbank Bremen-Nord eG, und ein weiterer hinter der George-Albrecht Straße.

Der Parkplatz hinter der George-Albrechtstraße wurde mit großem Aufwand hergerichtet, hier entstanden sogar Carports. Dennoch wurden selbst zu Zeiten der belebten Mühlenstraße diese Parkplätze nur von wenigen Besuchern und Kunden genutzt.

Durch den Konkurs des Bremer Vulkan sowie die Schließung der BWK und die dadurch hohe Anzahl an arbeitslosen Menschen fehlte es an Kaufkraft im Stadtteil. Auch die Belebung des Einkaufszentrums am Müllerloch sorgte in den Folgejahren für ein Aussterben der Ladenlokale in der Mühlenstraße und der Kapitän-Dallmann-Straße, so dass der Parkplatz nie eine hohe Nutzung hatte. Ein im Jahre 2016 erstelltes Gutachten über das Stadtzentrum bestätigt dies.

Die George-Albrecht Straße entwickelte sich zu einem sozialen Brennpunkt. Unter anderem fielen die Carports einer Brandstiftung zum Opfer. Mittlerweile wird der Parkplatz als „wilder“ Müll-/Sperrmüllplatz missbraucht.

Der Parkplatz als Grillplatz zweckentfremdet oder dient als Treffpunkt für Menschen, die den Platz (grundlos) mit Fahrzeugen befahren, oftmals über Stunden verweilen um z.B. lautstark aus den Autoradios Musik zu hören.

Dadurch werden Anwohner die rund um diesen Parkplatz wohnen, sehr stark belästigt und wird deren Wohnqualität beeinträchtigt. Die Folge ist, dass die Polizei oft gerufen wird um die Ordnung wieder herzustellen.

Lösung:

Daher wäre es sinnvoll den Parkplatz für das befahren von Fahrzeugen zu schließen.

Es würde damit erschwert Müll anzufahren und zu entladen. Sowie den Parkplatz für Freizeitaktivitäten zu missbrauchen die, die Anwohner belästigen und in der Konsequenz die Polizei ebenfalls entlasten, da sie seltener zu einem Einsatz gerufen würden.

Das Ortsamt wird gebeten die zuständigen Behörden damit zu beauftragen.

Kay Bienzeisler und Marcus Pfeiff und die SPD-Fraktion